

Gemeindefinanzierungsgesetz 2013

Ich weise noch einmal auf die Beschlussempfehlung und den Bericht zum GFG Drucksache 16/2117 hin. Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner für die Fraktion der CDU Herrn Kuper das Wort. (Beifall von der CDU)

André Kuper (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer!

Zum x-ten Male diskutieren wir hier das Thema der Kommunalfinzen und speziell das GFG. Wenn ich auf Ihre Pressemeldungen aus Landesregierung und Regierungsfractionen blicke, dann scheint es mir so, als wenn Sie die raue Realität der Kommunen von NRW noch nicht erkannt haben. Zumindest folgen Ihren Worten noch keine Taten.

Wenn Sie von den Regierungsfractionen die Reduzierung der Nothaushaltskommunen als Erfolg Ihrer Arbeit bejubeln wollen, dann ist das keine Substanzverbesserung, sondern nur das Ergebnis von Bilanzkosmetik. (Beifall von der CDU)

Durch Ihre Gesetzesänderung in § 76 der Gemeindeordnung haben Sie jetzt 114 Nothaushaltskommunen pro forma weniger, gleichzeitig aber – und das wird nicht gesagt – 113 Haushaltssicherungskommunen mehr, und zwar ohne dass diese Kommunen auch nur einen Cent mehr in ihrer Stadtkasse haben. Wie immer – so auch heute – verweisen Sie mit großer Politikrhetorik – wir werden es gleich hören – auf Ihre alten Taten aus vergangenen Zeiten, insbesondere aus 2010. Ich finde es peinlich, wenn man in 2013 immer noch auf Taten aus 2010 verweisen muss, weil man in der Zwischenzeit nichts mehr vorweisen kann. (Beifall von der CDU)

Die Kommunen gehen sprichwörtlich den Bach runter, und Sie schauen weitgehend tatenlos zu. Wo ist Ihr Zukunftskonzept? Wie wollen Sie die Finanzkrise bewältigen? – Fehlanzeige! Jede und jeder, der auf die Situation der Kommunen vor Ort schaut, kann überall Verschlechterungen feststellen. Gab es die Finanzsorgen früher nur in den kreisfreien Großstädten, dann sind sie jetzt in den kreisangehörigen Kommunen angekommen. Mit Ihrem Umverteilungsstrudel ziehen Sie die kreisangehörigen kleinen und mittleren Kommunen noch tiefer unter Wasser. (Beifall von der CDU)

Durch Ihre Umverteilung des Mangels haben wir jetzt ein gleich mieses Bild im Land: soweit das Auge reicht, rote Zahlen im kreisfreien und im kreisangehörigen Bereich. Sie tun trotzdem immer noch so, als gäbe es Paradiese in den Kommunen, und planen mit der Abundanzumlage auch noch die Plünderung. Verschonen Sie endlich die Stadtkassen der Gemeinden und Städte von weiteren Umverteilungen und stoppen Sie endlich die im GFG enthaltene Spaltung der kommunalen Familie! (Beifall von der CDU)

Sorgen Sie aber vor allem bitte dafür, dass keine weiteren Zusatzbelastungen auf die kommunale Familie durchgedrückt werden! Aus der jüngsten Vergangenheit gibt es eine Reihe von Beschlüssen, die einen Anstieg der Bürokratie und zusätzliche Belastungen der Kommunen verursachen.

An diesen Beispielen kann man auch sehen, dass Sie, Herr Minister Jäger, einen schweren oder schlechten Stand im Kabinett haben und andere Fachminister sich mit ihren Belastungen durchsetzen konnten.

Wenn ich die aktuelle Diskussion rund um das Thema Inklusion sehe, dann wird auch dort deutlich: Ihre Kabinettskolleginnen und -kollegen riskieren den Misserfolg der Inklusion und wollen keine Konnexität für die Kommunen. (Beifall von der CDU)

Wo bleibt da Ihre viel beschriebene Kommunalfreundlichkeit? Meine Damen und Herren, das GFG ist intransparent und ungerecht. Wie intransparent das Gesetz – und insbesondere die Finanzstatistik des Landes – mittlerweile ist, kann man auch daran erkennen, dass mittlerweile anscheinend selbst das Ministerium beim Flächenansatz nicht mehr in der Lage ist, den Gesetzestext auch in die Anwendungspraxis umzusetzen. (Beifall von der CDU)

Nach dem Stärkungspakt geht es jetzt auch im Flächenansatz zulasten des kreisangehörigen Raumes. Angesichts dieser Pannenserie im Bereich der Kommunalfinzen kann ich nur feststellen: Keiner unserer Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister könnte sich solch eine Pannenserie leisten. Mit Verteilungsgerechtigkeit hat das nichts mehr zu tun.

Meine Damen und Herren, die kommunale Situation ist besorgniserregend. Die NRW-Kommunen werden immer unattraktiver, da sie überdurchschnittlich hohe Steuersätze erheben müssen, um ihre Haushaltsdefizite in Grenzen zu halten. Ihnen fehlt das notwendige Geld für Investitionen, und sie schreiben tiefrote Zahlen.

Werden die Probleme mit diesem GFG gelöst? – Nein. Die Finanzmasse ist dazu nicht ausreichend. Von daher darf ich an dieser Stelle nur feststellen: Sie als Regierung sind gefragt, Zukunftskonzepte für unsere Kommunen vorzulegen. Sie sind in der Pflicht. Wir und die kommunalen Familie werden Sie gemeinsam täglich erinnern.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.
(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kuper. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Körfges.